

## Aus dem Plenum und den Ausschüssen

### Regierungserklärung: Althaus zog Zwischenbilanz

„Thüringen auf Erfolgskurs. Konsolidieren - Investieren - Gestalten“ - unter dieses Motto stellte Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) seine Regierungserklärung vom 12. Juli 2007. Er zog eine umfassende Leistungsbilanz der Arbeit der Landesregierung in der laufenden Legislaturperiode und verwies dabei unter anderem auf die Straffung der Landesverwaltung, Erfolge bei der Wirtschaftsförderung, den Stellenwert der inneren Sicherheit, umfangreiche familienpolitische Neuregelungen, die Förderung des lebenslangen Lernens und die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft. Insgesamt,

so Althaus, seien die 2004 in Angriff genommenen Aufgaben in weiten Teilen abgearbeitet, doch müsse die Agenda angesichts sich wandelnder Herausforderungen ständig aktualisiert werden. Thüringen bleibe weiterhin auf Erfolgskurs. In der anschließenden Aussprache warf der Fraktionschef der LINKEN, Dieter Hausold, dem Ministerpräsidenten Realitätsverlust und Ratlosigkeit vor. Er verwies auf die hohe Abwanderung, das niedrige Lohnniveau und die „unsoziale Bildungspolitik“ der Landesregierung. Christoph Matschie, Vorsitzender der SPD-Fraktion, vermisste in der Regierungserklärung den „Blick in die Zukunft“: Althaus habe eine Fülle von Einzelmaßnahmen aufgelistet, ohne strategische Ansätze zur Lösung struktureller Probleme erkennen zu lassen. Diese Einschätzung teilte die CDU-Fraktionsvorsitzende Christine Lieberknecht nicht. „Visionen“ der SPD seien durch die Landesregierung schon längst konkret untersetzt, und die von der Opposition entworfenen Katastrophenszenarien hätten sich noch nie bewahrheitet. Auch der Ministerpräsident wies die Kritik an seiner Regierungserklärung entschieden zurück und nannte Teile der Debatte eine „Zumutung“.

Die vorliegende Ausgabe des Landtagskuriers beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der letzten Plenarsitzung vor der traditionellen parlamentarischen Sommerpause. Es waren zweieinhalb ausgefüllte Sitzungstage, bei denen unter anderem die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und die Einbringung des Doppelhaushalts 2008/2009 auf der Tagesordnung standen - gewichtige Themen, bei denen die unterschiedlichen Positionen miteinander hart aufeinander prallten. Doch genau dies, die engagierte Auseinandersetzung um den richtigen Weg in die Zukunft, macht das Wesen des Parlamentarismus aus. Der politische Wettbewerb, der sich in den Räumen des Landtags vollzieht, ist die Voraussetzung für sachgerechte und transparente Entscheidungen. Zur Transparenz will auch der Landtagskurier beitragen. Er berichtet nicht nur über aktuelle politische Themen und Veranstaltungen, sondern gibt auch den Fraktionen und den Landesbeauftragten Gelegenheit, ihre Arbeit darzustellen. Nutzen Sie das Angebot, sich aus erster Hand über die Landespolitik zu informieren!



Sehr geehrte Leserinnen,  
sehr geehrte Leser,

Ihre  
*Dagmar Schipanski*  
Prof. Dr. Dagmar Schipanski  
Landtagspräsidentin

### Entwurf zum Doppelhaushalt 2008/2009 eingebracht

Zum ersten Mal seit der Neugründung des Landes Thüringen im Jahre 1990 hat die Landesregierung einen Haushaltsentwurf in den Landtag eingebracht, der keine neuen Schulden vorsieht. Als „historischen Wendepunkt in der Finanzgeschichte des Freistaats“ würdigte ihn deshalb Finanzministerin Birgit Diezel (CDU). Auch das erstmals bei der Aufstellung des Haushalts angewandte Budgetverfahren, bei dem jedes Ressort über die Verwendung der ihm zugewiesenen



Mike Huster (LINKE)

Mittel selbständig entscheidet, wertete sie als Erfolg. Während Diezel von einem „Haushalt der Zuversicht“ sprach, kritisierte Mike Huster (LINKE), dass die durch höhere Einnahmen entstandenen Spielräume nicht genutzt würden, um den sozialen Zusammenhalt im Freistaat zu stärken. Dr. Werner Pidde (SPD) nannte den Entwurf einen „Wahlhaushalt“, der nicht auf jene Probleme reagiere, die durch sinkende Einnahmen im nächsten Jahrzehnt auf Thüringen zukämen. Dem widersprach Mike Mohring (CDU): Gerade im Hinblick auf diese Entwicklung sei es wichtig zu investieren, um rechtzeitig ähnliche Rahmenbedingungen wie in vergleichbaren westdeutschen Flächenländern zu schaffen.

### Finanzierung der Frauenhäuser gesichert

Der Gleichstellungsausschuss beriet in seiner Sitzung vom 5. Juli 2007 erneut über die Zukunft der Frauenhäuser, Interventionsstellen und Frauenzentren in Thüringen. Die Landesregierung berichtete dem Ausschuss dazu, dass die derzeitige Förderung von 600.000 Euro auch für die kommenden beiden Jahre im Haushaltsplan vorgesehen sei. Zusätzlich dazu werde das Land 154.000 Euro über den Kommunalen Finanzausgleich für diese Einrichtungen vorsehen. „Die ursprünglich angedachte Finanzierung ausschließlich über den Kommunalen Finanzausgleich ist damit vom Tisch“, so die Ausschussvorsitzende Katja Wolf, DIE LINKE. Sie werte es auch als Erfolg für die Arbeit des Gleichstellungsausschusses, das die geplante Förderung damit über dem Niveau von 2007 angesetzt sei. „Die Zukunft der Frauenhäuser und Frauenzentren ist damit von Seiten des Landes gesichert“, so Wolf.

Informationen zum Ausschuss und den Sprechstundenterminen gibt es dort die Möglichkeit, Petitionen in ein elektronisches Formular einzutragen und abzuschicken. Die Daten werden verschlüsselt und damit sicher übermittelt.

### Petitionen jetzt auch online einreichen

Beschwerden an den Petitionsausschuss können nun auch per Internet eingereicht werden. Unter [www.thueringer-landtag.de](http://www.thueringer-landtag.de) hat jeder Bürger mit dem Link „Petitionen“ einen direkten Draht zum Petitionsausschuss. Neben den

Informationen zum Ausschuss und den Sprechstundenterminen gibt es dort die Möglichkeit, Petitionen in ein elektronisches Formular einzutragen und abzuschicken. Die Daten werden verschlüsselt und damit sicher übermittelt.

## Ausstellungen

### „Mit Behinderung ist zu rechnen...“

- das prophezeit der Magdeburger Karikaturist Phil Hubbe (Foto unten) in seinen Bildern, die derzeit im Landtag zu sehen sind. Der Künstler ist seit 1986 an Multipler Sklerose erkrankt und nähert sich dem Thema Behinderung auf besondere, etwas provozierende Weise - mittels Ironie und Satire. In Hubbes Anwesenheit eröffnete Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski am 12. Juli die Ausstellung gemeinsam mit dem Abgeordneten Maik Nothnagel und würdigte sie als Beitrag zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit. Zu sehen ist die Ausstellung bis zum 24. August, Montag bis Freitag, 8 bis 18 Uhr im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1.



## Besuch

### Leiter des Freundeskreises Yad Vashem zu Gast



Am 10. Juli empfing Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski den Direktor des Freundeskreises von Yad Vashem in Deutschland, Arik Rav On. Nach ihrem Besuch der Holocaust-Gedenkstätte in Jerusalem im Mai dieses Jahres informierte er die Präsidentin über Aktivitäten und Projekte von Yad Vashem in Deutschland. Schipanski betonte die Verantwortung Deutschlands, die aus den Verbrechen an den europäischen Juden erwachse: „Angesichts des Konzentrationslagers Buchenwald fühle ich mich dem Gedenken an die Millionen Opfer des Nazi-Regimes besonders verpflichtet.“

## Veranstaltungen

### Thüringentag in Eisenach - Landtag präsentiert sich den Bürgern

Informationen zur politischen Vielfalt im Freistaat bot der Thüringer Landtag im Rahmen des Thüringentags vom 6. bis 8. Juli auf dem Karlsplatz in Eisenach an. Neben der Landtagsverwaltung stellten sich die drei im Landtag vertretenen Fraktionen von CDU, DIE LINKE und

SPD mit ihrer Arbeit vor. Abgeordnete aus Eisenach und anderen Regionen des Freistaats standen den Besuchern ebenso Rede und Antwort wie die Mitglieder des Landtagsvorstandes, des Petitionsausschusses und Thüringens Bürgerbeauftragte Silvia Liebaug.



Am Stand des Landtags (v.l.n.r.): Heiko Gentzel (SPD), Christian Köckert (CDU), Moderatorin Birgit Schellbach (TA) und Katja Wolf (DIE LINKE)

# CDU

Die CDU-Fraktion  
im Thüringer Landtag

Pressestelle

Tel. 0361 - 377 22 06

Fax 0361 - 377 25 20

www.thl-cdu.de

### CDU-Fraktion will eigenen Entwurf vorlegen

Die CDU-Fraktion wird in Kürze einen eigenen Entwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz vorlegen. Damit soll ein allgemeiner Anspruch auf Zugang zu den in der öffentlichen Verwaltung vorhandenen Informationen geschaffen werden. Es lehnt sich an Regelungen des Bundes und der Hansestadt Hamburg an. Zugang zu Informationen sollen natürliche Personen haben, die Bürger der Europäischen Union sind, oder juristische Personen und Personenvereinigungen, die in der Staatengemeinschaft ihren Sitz haben. Der Informationsanspruch betrifft sämtliche Behörden auf kommunaler und Landesebene.

### Thüringen kann günstiges Umfeld überdurchschnittlich gut nutzen

#### Lieberknecht: Opposition betreibt Schwarzmalerei und hat keine Zukunfts-Konzepte

Ministerpräsident Dieter Althaus hat im Thüringer Landtag am 12. Juli eine umfangreiche Leistungsbilanz vorgelegt und weitere Regierungserklärungen der Ressortminister angekündigt, in denen auch Vorhaben für den weiteren Verlauf der Legislaturperiode erläutert werden sollen. Fraktionsvorsitzende Christine Lieberknecht warf den Oppositionsfraktionen Schwarzmalerei und untaugliche eigene Vorschläge für die Zukunft des Landes vor.

Wie Althaus darlegte, ist der größte Teil des Regierungsprogramms bereits abgearbeitet. Es sei das Ziel, auf diesem Weg „so schnell wie möglich ganz auf eigenen Beinen zu stehen. Mit einer innovativen Wirtschaft. Mit gut ausgebildeten Fachkräften, die wir



CDU-Fraktionsvorsitzende Christine Lieberknecht

im Land halten wollen. Und mit effizient arbeitenden Verwaltungen.“ Nach den Worten des Ministerpräsidenten wird Thüringen 2010 damit beginnen, Schulden zu tilgen, wenn die Konjunktur stabil bleibt. Eine klare Absage erteilte er einer Kreisgebietsreform. „Größere Einheiten bedeuten nicht automatisch bessere Strukturen“, sagte Althaus. Laut Lieberknecht findet

„Deutschland endlich zu alter Stärke zurück. Und Thüringen kann dieses günstige Umfeld überdurchschnittlich gut nutzen.“ Auch Dank der Politik der CDU in den letzten Jahren. Die LINKE bekennt sich nach den Worten der Fraktionsvorsitzenden nun offen zum Systemwechsel. Dieser jetzt offen zutage liegende Linksradikalismus löse jedoch nicht ein einziges Problem. Sie setzte sich auch mit den kürzlich vorgelegten Wahlkampfeckpunkten der SPD auseinander und forderte die Fraktion auf zu sagen, „welche Landkreise und kreisfreien Städte auf die Streichliste kommen sollen“. Zwischen elf und 18 müssten es nach den Kriterien des Programmwerfungs sein.

## Forum der LINKEN zur Behindertenpolitik



Was die Gleichstellungsgesetzgebung auf Bundes- und Landesebene gebracht hat, war jetzt Thema eines Forums zur Behindertenpolitik, zu dem die Fraktion DIE LINKE in den Thüringer Landtag eingeladen hatte. Horst Frehe, Sprecher des Deutschen Behindertenrates, nannte das Bundesgleichstellungsgesetz „einen wichtigen Reformschritt in ein bürgerrechtliches Verständnis von Behinderung und Behinderten“, forderte aber, ebenso wie der behindertenpolitische Sprecher der Thüringer Linksfraktion Maik Nothnagel, dass alle Bereiche des Landesrechts auf diskriminierende rechtliche Regelungen oder fehlende Barrierefreiheitsanforderungen durchforstet werden müssen.

## Mit einer Paddelboot-Mahnwache gegen weitere Belastung der Werra protestiert

„Schluss mit der Versalzung der Werra!“, unter diesem Motto gab es bereits mehrfach Protestaktionen der LINKEN gemeinsam mit Umwelt- und Bürgerinitiativen, wie hier (unser Foto) bei Bad Salzungen anlässlich eines Treffens der Umweltminister von Niedersachsen, Hessen und Thüringen.

„Wir fordern Kali+Salz auf, die Salzkonzentration in der Werra weiter zu reduzieren, anstatt sie zu erhöhen. Profite dürfen nicht auf Kosten der Umwelt und zum Nachteil der Bevölkerung entstehen“, hatte der Landtagsabgeordnete Frank Kuschel, der sein Wahlkreisbüro in Bad Salzungen unterhält, erklärt.

Dass nunmehr täglich bis zu 120 Laster zur Entsorgung der Kalilauge von Neuhoft nach Philippsthal rollen, bezeichnete Tilo Kummer, Sprecher für Umweltpolitik der Fraktion DIE LINKE, als „durchsichtiges Manöver. Offenkundig soll damit der Unmut der Bevölkerung hervorgerufen werden, um Druck auf die Politik zur Genehmigung der Salzpipeline in die Werra auszuüben.“



## Nebeneinkünfte sollen offen gelegt werden

„DIE LINKE fordert eine sehr zeitnahe Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu Nebeneinkünften und deren Offenlegung auch in Thüringen“, so der Parlamentarische Geschäftsführer Werner Buse. Die Fraktion hat ein Gesetz zur Stärkung der Transparenz als Änderungsgesetz zum Abgeordnetengesetz vorgelegt. „Allerdings haben wir uns für ein aussagekräftigeres ‚Stufensystem‘ zur Veröffentlichung der Einkünfte entschieden“, betont Buse. Es reiche eben nicht, wenn Abgeordnete sporadische Informationen über mögliche Abhängigkeiten dem Landtagspräsidium mitteilen und sie auf relativ nichtssagende Angaben im Landtags-Handbuch beschränken.

## SPD-Fraktion will Bürgern mehr Rechte im Umgang mit Behörden einräumen

**CDU blockiert: Sozialdemokraten ziehen Entwurf für Informationsfreiheitsgesetz zurück.**



Uwe Höhn

Aus Protest gegen den Umgang der CDU-Mehrheit mit dem Entwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz hat die SPD-Fraktion im Thüringer

Landtag ihren Gesetzentwurf in der letzten laufenden Plenarsitzung zurückgezogen. „Der Gesetzentwurf ist bis zur Unkenntlichkeit von der CDU im Justiz- und Innenausschuss verstümmelt worden“, begründete Uwe Höhn, der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, das ungewöhnliche Vorgehen der Sozialdemokraten. Diese hatten erstmals, direkt vor einer Abstimmung, einen eigenen Gesetzentwurf zurückgezogen. „Die CDU hat sich bei den Beratungen zum Informationsfreiheitsgesetz absolut in-

diskutabel verhalten und wieder einmal gegen mehr Bürgerrechte gehandelt“, monierte Höhn. Erst habe der Gesetzentwurf monatelang im Ausschuss geschmort, bevor er schließlich von den Christdemokraten bis zur Unkenntlichkeit „verschlimmbessert“ worden sei. Mit der ursprünglichen Intention der SPD-Fraktion, die für mehr Rechte der Bürger beim Zugriff auf öffentliche Informationen sorgen wollte, habe der durch die CDU-Vorschläge veränderte Gesetzentwurf nichts mehr zu tun.

Die CDU-Fraktion habe sich bei ihren so genannten „Verbesserungen“ an den restriktiven Regelungen des Hamburger Informationsfreiheitsgesetzes orientiert. Dieses gewähre den Bürgern keine Informationen aus laufenden Verwaltungsverfahren; zudem haben nur EU-Bürger Anspruch auf die Informationen. Die Sozialdemokraten

wollen dagegen jedermann uneingeschränkt Zugang zu den gewünschten Informationen gewähren.

## Thüringen-Tag in Eisenach: Andrang am Stand der SPD-Fraktion



Die bewährten Thüringen-Karten gab es am Stand der SPD-Fraktion zum Thüringen-Tag in Eisenach. Die Abgeordneten Dr. Werner Pidde (rechts) und David Eckardt (zweiter von rechts) hatten alle Hände voll zu tun, Fragen von interessierten Besuchern zu beantworten. Behilflich waren ihnen dabei Mitarbeiter der Fraktion. Die Eisenacher und viele Gäste der Stadt nutzten das Angebot gerne, mit den SPD-Parlamentariern ins Gespräch zu kommen.

## Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte  
des Freistaats Thüringen  
Tel. 0361 - 377 1871  
Fax 0361 - 377 1872  
e-mail  
buergerbe@bueb.thueringen.de  
www.bueb.thueringen.de

Die Landesbeauftragte für die  
Unterlagen des  
Staatssicherheitsdienstes der  
ehemaligen DDR  
Tel. 0361 - 377 1951  
Fax 0361 - 377 1952  
e-mail  
tlstu@t-online.de  
www.thueringen.de/tlstu

Der Landesbeauftragte für den  
Datenschutz  
Tel. 0361 - 377 1900  
Fax 0361 - 377 1904  
e-mail  
poststelle@datenschutz.thue-  
ringen.de

## Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint  
monatlich in Form eines  
newsletters.

Der Bezug ist kostenfrei so-  
wohl über den Postweg als  
auch über E-mail (als PDF-Da-  
tei) möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier  
bestellen möchten, schreiben  
Sie uns eine E-mail:

pressestelle@landtag.thue-  
ringen.de

oder rufen Sie uns an:

Telefon 0361 - 37 72006



## Der Datenschutzbeauftragte

### Nota bene!

Die (Hoch-)Schulnote hat, anders als die Überschrift vermuten lässt, ihren etymologischen Ursprung nicht im Imperativ, sondern im lateinischen Substantiv nota, was mit Kennzeichen übersetzt werden kann. Ob die Schul-(Zeugnis-, Leistungs-nachweis-) Note indes als ein Zeichen etwa den Mitschülern oder Kommilitonen zur Kenntnis gegeben werden darf, ist Gegenstand datenschutzrechtlicher Erwägungen. Die Qualität der Note als personenbezogenes Datum liegt im Falle ihrer Verkündung vor der Klasse nicht nur bei schlechten Noten auf der Hand. Dem entsprechend bedarf ein solcher Eingriff in das Recht der informationellen Selbstbestimmung ei-

ner Rechtsgrundlage. Zwar erlaubt z. B. das Thüringer Schulgesetz eine Datenübermittlung aus Gründen der Transparenz in pädagogischer Verantwortung. Jedoch wird dieser Aufgabe bereits dadurch entsprochen, dass die Noten - anonym - in einem Notenspiegel einschließlich Notendurchschnitt offenbart werden. Auf diese Weise sind Schüler und Eltern in der Lage, das individuelle Leistungsniveau in Relation zur Klasse zu setzen. Ein Verlesen von Noten vor der gesamten Klasse ist daher - von Einzelfällen einer Vorbildwirkung einmal abgesehen - datenschutzrechtlich nicht erforderlich und entbehrt mithin einer Rechtsgrundlage: nota bene!

Dr. Lutz Hasse

## Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

### „Opferrente“: Besondere Zuwendung für Haftopfer nach § 17 a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz

Der Deutsche Bundestag hat am 13. Juni 2007 ein „Drittes Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR“ verabschiedet, mit dem die drei Rehabilitierungsgesetze (Strafrechtliches, Verwaltungsrechtliches und Berufliches Rehabilitierungsgesetz) geändert werden. Der Bundesrat hat diesem Gesetz am 6. Juli 2007 zugestimmt. Nach Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt im August 2007 tritt es in Kraft. Das Gesetz ermöglicht ehemaligen politischen Häftlingen eine „Besondere Zuwendung für Haftopfer“ („Opferrente“) von monatlich 250 Euro zu erhalten. Des Weiteren werden die Antragsfristen auf Rehabilitierung nach allen drei Rehabilitierungsgesetzen bis 31. Dezember 2011 verlängert.

#### Personen, die:

1. mindestens sechs Monate politische Freiheitsentziehung erlitten (Nachweis mit Reha-Beschluss eines Landgerichtes oder mit Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz) und
2. in ihrer wirtschaftlichen Lage beeinträchtigt sind, erhalten die „Opferrente“, wenn sie sich keine Ausschlie-

ßungsgründe anrechnen lassen müssen. Die „Opferrente“ ist unpfändbar, nicht übertragbar, nicht vererbbar und bleibt als Einkommen bei Sozialleistungen, deren Gewährung von anderen Einkommen abhängig ist, unberücksichtigt. Eine Antragstellung auf Unterstützungsleistungen bei der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn ist für den Berechtigtenkreis auf die „Opferrente“ nicht mehr möglich.

Fragen zur Antragstellung beantwortet Thomas Heinemann  
Tel. 0361 37-71957.

\*) Alleinstehende: dreifacher Eckregelsatz nach § 28 Abs. 2 i. V. m. § 40 Sozialgesetzbuch XII - derzeit 1041 Euro; Verheiratete/in Partnerschaft Lebende: vierfacher Eckregelsatz nach § 28 Abs. 2 i. V. m. § 40 SGB XII - derzeit 1388 Euro (Einkommen des Ehepartners bleibt unberücksichtigt).

Übersteigt das ermittelte Einkommen die maßgebliche Einkommensgrenze um einen Betrag, der geringer als 250 Euro ist, erhält der Berechtigte eine besondere Zuwendung für Haftopfer in Höhe des Differenzbetrages.

Renten wegen Alters, verminderter Erwerbsfähigkeit, Arbeitsunfalls oder Berufskrankheit sowie wegen Todes oder vergleichbare Leistungen bleiben bei der Einkommensermittlung unberücksichtigt.

## Die Bürgerbeauftragte

### Großes Interesse am Aufgabenfeld der Bürgerbeauftragten

Am diesjährigen 11. Thüringentag vom 6. bis 8. Juli 2007 in Eisenach waren die Bürgerbeauftragte Silvia Liebaug und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dienststelle am Stand des Thüringer Landtags mit vertreten. Es gab zahlreiche Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern zum Aufgabengebiet der Bürgerbeauftragten.



Silvia Liebaug im Gespräch

Die dafür kurzfristig fertig gestellten Informationsmaterialien stießen auf reges Interesse. Bei den konkret angesprochenen Themen spielten immer wieder Gebührenerhebungen (Abwasser, GEZ) eine Rolle. Informationsbedarf bestand weiterhin bei der Thematik der Patientenverfügung und der Betreuungsvollmacht. Informationsmaterialien wurden auf Wunsch auch im Nachhinein übersendet.



Ines Reinhardt und Sabine Koster geben Auskunft

Regen Anklang fand gleichfalls der auswärtige **Bürgersprechtag** am 10. Juli 2007 in Greiz. Der Terminplan an diesem Tag war voll ausgebucht. Bei den vorgebrachten Bürgeranliegen handelte es sich unter anderem um Bau- und Grundstücksangelegenheiten, Fragen zur Gewährung von ALG II und zur Rehabilitierung und Wiedergutmachung.